

No. 481 6. Dezember 2008

## 1. Menschenrechte:

### ➤ Alarmierender Anstieg der aussergerichtlichen Hinrichtungen

## 2. Chronologie: 16. – 31. Oktober 2008

### *Verfasser:*

Observatorio de derechos humanos y derecho humanitario de la  
Coordinación Colombia-Europa-Estados Unidos  
Av. Carrera 22 No. 37-54, Park Way, Bogotá  
Tel. 00571 288 71 87  
e-mail: [coeuropa@etb.net.co](mailto:coeuropa@etb.net.co)  
Internet: [www.ddhhcolombia.org.co](http://www.ddhhcolombia.org.co)

### *Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:*

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz  
e-mail: [fachstelle.luzern@askonline.ch](mailto:fachstelle.luzern@askonline.ch) Internet: [www.askonline.ch](http://www.askonline.ch)

## 1. Menschenrechte:

### Alarmierender Anstieg der aussergerichtlichen Hinrichtungen

*Arbeitstisch aussergerichtliche Hinrichtungen der Koordination Kolumbien-Europa-USA*

#### **Verletzungen des Rechtes auf Leben im Kontext der soziopolitischen Gewalt**

In Kolumbien sind die Verletzungen des Rechtes auf Leben äusserst schwer, generalisiert und bleiben grossmehrheitlich straffrei. Die Existenz eines langen und schweren bewaffneten Konfliktes, welcher von der aktuellen Regierung hartnäckig geleugnet wird, verschärft die Situation der soziopolitischen Gewalt. Es gibt auch keine Politik für eine Verhandlungslösung oder zur Erreichung von humanitären Abkommen, welche das Leben und die Rechte der Zivilbevölkerung schützen könnten. Die Verletzungen des Rechtes auf Leben haben Ausmasse erreicht, die für eine demokratische Gesellschaft absolut inakzeptabel sind. In diesem Kontext bilden die Morde an Personen ausserhalb von Gefechten, welche direkt von den Streitkräften oder von paramilitärischen Gruppen mit der Toleranz, der Mitbeteiligung oder der Komplizenschaft der Streitkräfte verübt werden, eines der gravierendsten Probleme der Menschenrechtssituation. Es ist eine anstehende Aufgabe, die Politiken, Massnahmen, Praktiken und Haltungen der Streitkräfte gegenüber der Zivilbevölkerung so zu verändern, dass die Armee ihre verfassungsmässige Aufgabe erfüllt.

Die Ermordung von Zivilen durch die Armee ausserhalb von Gefechten und der anhaltende Anstieg dieser Morde in den letzten Jahren, hat Hunderten von KolumbianerInnen das Recht auf Leben genommen. Diese aussergerichtlichen Hinrichtungen sind auch Grund grosser Besorgnis der nationalen und internationalen Gemeinschaft. Im Bericht der Menschenrechts- und Friedensplattformen zuhanden der Allgemeinen Periodischen Prüfung der Menschenrechtssituation Kolumbiens vor dem UNO-Menschenrechtsrat am 10. Dezember 2008, heisst es: „In den letzten fünf Jahren ist ein Anstieg der

aussergerichtlichen Hinrichtungen, für welche direkt die Streitkräfte verantwortlich sind, um 67,71% zu verzeichnen. Diese Zeitspanne stimmt auch mit der Umsetzung der Politik der ‚demokratischen Sicherheit‘ überein, welche die aktuelle Regierung seit ihrer Amtsübernahme am 7. August 2002 gefördert hat. Zwischen Juli 2002 und Dezember 2007 wurden mindestens 1‘222 aussergerichtliche Hinrichtungen direkt von den Streitkräften verübt. Demgegenüber waren es zwischen Januar 1997 und Juni 2002 insgesamt 669 Fälle von aussergerichtlichen Hinrichtungen.“

Obwohl die Regierung permanent die entsprechenden Anklagen negiert und die Ankläger verleumdet hat, wurde sie von internationalen Menschenrechtsinstitutionen auf die Schwere dieser Vorfälle aufmerksam gemacht, so von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und von UNO-Instanzen. Die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte wies in ihrem letzten Bericht auf „das Andauern von aussergerichtlichen Hinrichtungen durch die Sicherheitskräfte, insbesondere die Armee“<sup>1</sup> hin, wie auch „auf einige allgemeine Charakteristiken der angeklagten Fälle, so die Opfer als bei Kämpfen Gefallene auszugeben, das Szenario vor der Bergung der Leichen zu verändern und in der Mehrzahl der Fälle die Untersuchungen der Militärjustiz zu übergeben. Die Ermittlungen der Behörden haben in einigen Fällen ergeben, dass diese Morde motiviert sind durch den Erfolgsdruck und das Interesse von Armeemitgliedern, in den Genuss von Begünstigungen und Anerkennung zu kommen“.<sup>2</sup>

Trotzdem meinte am 9. September 2008, anlässlich der Feier des Nationalen Menschenrechtstages der Verteidigungsminister, dass die von der Regierung gegenüber diesen Situationen getroffenen Massnahmen zu einer substantiellen Änderung geführt hätten. Es sei „eine bedeutende Reduzierung der Fälle“ von aussergerichtlichen Hinrichtungen zu verzeichnen. So hätte es im laufenden Jahr 2008 nur 25 Fälle gegeben.<sup>3</sup> Die kurz darauf bekannt gewordenen Fälle von Soacha und Ciudad Bolivar, bei denen mindestens 23 Jugendliche zu Beginn des Jahres 2008 mit Arbeitsangeboten angelockt, zum Verschwinden gebracht und ein oder zwei Tage später als in Kämpfen gefallen registriert wurden, zeigten, dass diese abscheuliche Praxis weiter existiert und sich systematisch im ganzen Land ausbreitet. Denn aufgrund der Aufdeckung der Fälle von Soacha wurden ähnliche Fälle in verschiedenen Regionen des Landes – Engativá, Montería, Sahagún, Toluviéjo, Risaralda, Medellín, Neiva, Barranquilla und weiteren Orten – bekannt. Zudem wurden neue Täter und neue Modalitäten erkennbar, die darauf ausgerichtet sind, die Morde zu verschleiern und die Straflosigkeit der Täter zu sichern. Das Verschwindenlassen von sozial marginalisierten Jugendlichen und ihre Verfrachtung in weit entfernte Gebiete, wo sie hingeführt werden, hat das Vorhandensein makabrer Netzwerke des Todes innerhalb der Streitkräfte erkennen lassen.

Die neuen Vorgehensweisen bei den aussergerichtlichen Hinrichtungen, welche von der Koordination Kolumbien-Europa-USA registriert wurden, und durch die Aufdeckung der Fälle von Soacha erkennbar und angeklagt wurden, sind folgende: Die Opfer werden aus sozial untersten Schichten ausgewählt, an entfernte Orte gebracht und dort umgebracht, damit sie niemand erkennen und ihre Leichen einfordern soll; schliesslich werden sie in Massengräbern als N.N. bestattet. Die Armee führt kein verlässliches und aktualisiertes Verzeichnis über Personen, die „bei Gefechten getötet“ werden. Damit wird ermöglicht, dass diese Verbrechen verschwiegen und vor der Gesellschaft versteckt werden. Aber auch die Gerichtsinstanzen haben keinen Zugang und kein Wissen über diese Fälle.

### **Die aussergerichtlichen Hinrichtungen zwischen Januar 2007 und Juni 2008**

In den 18 Monaten zwischen dem 1. Januar 2007 und dem 30. Juni 2008 sind nach den Daten der Koordination Kolumbien-Europa-USA mindestens 535 Personen direkt von den Streitkräften aussergerichtlich hingerichtet worden. Das heisst, dass in diesen 18 Monaten jeden Tag eine Person Opfer einer aussergerichtlichen Hinrichtung wurde. Dies ist eine Zunahme um fast das Doppelte im Vergleich zur Periode zwischen dem 1. Juli 2002 und dem 30. Juni 2007. In dieser Zeitspanne wurden 1122 Fälle aussergerichtlicher Hinrichtungen registriert, also durchschnittlich eine Hinrichtung jeden zweiten Tag. Im Vergleich zu den fünf Jahren vor der jetzigen Regierung – also die Zeit von Januar 1997 – Juni 2002

---

<sup>1</sup> Bericht der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte zur Menschenrechtslage in Kolumbien, Menschenrechtsrat, Siebte Sessionsperiode, Dokument A/HCR/7/39, 28. Februar 2008, Seite 15

<sup>2</sup> Ebda.

<sup>3</sup> Rede des Verteidigungsministers Juan Manuel Santos am 9. Sept. 08 im Club Militar. Siehe auch unter: <http://www.mindefensa.gov.co/index.php?page=181&id=7644&PHPSESSID=f70e0c537030a7203994d7afb686431a>

– bedeutet dies gar eine Verdreifachung der Fälle. In diesen 5 Jahren waren 669 aussergerichtliche Hinrichtungen verzeichnet worden, also durchschnittlich eine alle drei Tage.

### **Meist betroffene Regionen**

In den letzten 18 Monaten waren die meist betroffenen Regionen Nordsantander (67 Fälle, 12,4%) und Antioquia (65 Fälle, 12%). Diese zwei Departements weisen die höchsten Zahlen auf und vereinen auf sich fast ein Viertel aller registrierten Fälle. Danach folgen Meta (46 Fälle, 8,5%), Huila (42 Fälle, 7,8%), Putumayo (38 Fälle, 7%), Cauca (35 Fälle, 6,5%), Arauca (31 Fälle, 4,6%), Caquetá (25 Fälle, 4,6%) und Casanare (24 Fälle, 4,4%).

Diese Regionen stimmen mit den wichtigsten Operationsgebieten des Plan Colombia überein. Zudem wird in diesen Regionen – mit der einen oder anderen Ausnahme – die Doktrin der Acción Integral mittels der Kommandos für die Koordination umfassender Aktionen CCAI (Comandos de Coordinación de Acción Integral) umgesetzt. Diese Doktrin wird im Plan Colombia Phase II als „eine Gesamtheit von Prinzipien, welche die Aktion der Streitkräfte und die sozialen Aktionen des Staates orientieren und koordinieren“<sup>4</sup> beschrieben. Diese Doktrin kommt in den Zonen mit der grössten Intensität des bewaffneten Konfliktes zur Anwendung und auch dort, wo die grössten Kokaanbau-Konzentrationen sind. In diesen Gebieten werden die lokalen und zivilen Behörden der militärischen Kontrolle unterstellt und die Militärs übernehmen die Leitung der sozialen Entwicklung. Diese Strategie wird vom Koordinationszentrum für die Acción Integral umgesetzt, welche direkt dem Präsidenten unterstellt ist und indem verschiedene staatliche Instanzen unterstützt vom Südkommando der US-Armee und der US-Botschaft mitarbeiten. Die CCAI sind in verschiedenen Regionen der Departements Arauca, Antioquia, Chocó, Nordsantander, Cauca, Córdoba, Cesar, Guajira, Magdalena, Nariño, Caquetá, Guaviare, Meta und Putumayo stationiert.

Besorgniserregend ist auch, dass es konstant die gleichen Departements sind, welche am meisten aussergerichtliche Hinrichtungen in den Jahren 2006, 2007 und im Verlauf von 2008 aufweisen, nämlich Nordsantander, Antioquia, Cauca, Huila und Putumayo. Dies legt den Schluss nahe, dass hier die Massnahme der präventiven Suspendierung von verdächtigen Militärs nicht befolgt wird. Besorgniserregend ist zudem, dass die Meldungen über aussergerichtliche Hinrichtungen in den Departements Putumayo, Huila, Cauca, Quindío und Tolima zunehmen.

Die jüngste Entlassung von 27 hohen Militärs, darunter drei Generälen, welche vermutlich in das Verschwindenlassen und die Ermordung der Jugendlichen von Soacha verwickelt sind, zeigt einen gewissen Fortschritt. Konsolidiert sich diese Haltung, dann könnte dies zur Verhinderung von aussergerichtlichen Hinrichtungen auch in anderen Zonen des Landes führen.

Die Amtsenthebung von 27 Militärs ist ein positives Zeichen, denn damit wird öffentlich anerkannt, dass die seit Jahren von Opfern und Menschenrechtsorganisationen angeklagten aussergerichtlichen Hinrichtungen durch die Armee tatsächlich eine Realität sind. Zudem zeigt dies, dass die Amtsenthebung ein durchführbares und mögliches Vorgehen ist. Doch die Amtsenthebung allein ist ungenügend, da damit noch nicht Gerechtigkeit geübt wird und die Täter nicht die Strafen erhalten, welche ihren Verbrechen angemessen sind. Vorfälle wie jene mit den Jugendlichen von Soacha sind im ganzen Land geschehen und haben eine hohe Zahl an Opfern gefordert. Doch hat deren Ermordung nicht so viel Aufsehen erregt, wie der Fall der Jugendlichen von Soacha, trotzdem haben auch diese Opfer Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die verübten Verbrechen.

### **Vermutete Verantwortliche für die aussergerichtlichen Hinrichtungen der letzten 18 Monate**

#### ***Involvierte staatliche Sicherheitsdienste***

Von den Sicherheitskräften wird die Armee am meisten für aussergerichtliche Hinrichtungen verantwortlich gemacht. Von den 535 Fällen zwischen Januar 2007 und Juni 2008 wird die Armee für 93,7% der Fälle (443 Opfer) verantwortlich gemacht. Bei 7 Fällen soll die Armee zusammen mit paramilitärischen Gruppen die Verbrechen verübt haben, dies bei Fällen im Jahr 2007, wobei zwei weitere solche

---

<sup>4</sup> Plan Colombia, Phase II. Strategie für die Stärkung der Demokratie und die soziale Entwicklung, Seite 87, in: [http://www.dnp.gov.co/archivos/documentos/DJS\\_Documentos\\_Publicaciones/estrategia\\_version\\_espanol.pdf](http://www.dnp.gov.co/archivos/documentos/DJS_Documentos_Publicaciones/estrategia_version_espanol.pdf)

Fälle im ersten Halbjahr 2008 angeklagt wurden. Dies zeigt, dass die Verbindungen zwischen der Armee und den Paramilitärs in vielen Regionen weiterhin intakt sind und solche Verbrechen gemeinsam koordiniert werden.

Der Nationalpolizei werden 5,1% der Fälle (24 Opfer) und die Marine für 1,3% der Fälle (6 Opfer) verantwortlich gemacht. Besorgniserregend ist, dass der Prozentsatz vermeintlicher aussergerichtlicher Hinrichtungen durch die Nationalpolizei im Jahr 2008 stark zugenommen hat. Dazu beigetragen hat der Einsatz von Schusswaffen und Splittermunition zur Niederschlagung der indigenen Protestmärsche, wobei vorsätzlich Todesopfer in Kauf genommen wurden.

11,1% der registrierten Fälle (60 Opfer) konnten keiner bestimmten Tätergruppe zugeordnet werden. Gegen die Luftwaffe sind keine Anklagen wegen aussergerichtlicher Hinrichtungen erhoben worden.

### **Geschlecht und Alter der Opfer**

Die Opfer aussergerichtlicher Hinrichtungen waren in der Zeit zwischen Januar 2007 und Juni 2008 vorwiegend Männer (519 Opfer, 97% der Fälle) und in wenigen Fällen Frauen (16 Opfer, 3%). Im Jahr 2008 ist der Anteil der Frauen an den Opfern jedoch von 2,2% auf 3,9% gestiegen.

Das Alter der Opfer ist sehr jung, 58,1% aller Opfer sind jünger als 30 Jahre, davon sind 8,1% Kinder. In 2,5% der Fälle handelt es sich bei den Opfern um über 61-jährige.

Die tragischen Fälle von Soacha betrafen vor allem sozial marginalisierte Jugendliche und führten zu einem tieferen Durchschnittsalter. So betrug im Jahr 2007 der Anteil der Opfer zwischen 18 und 30 Jahren 47,3%, während dem ersten Halbjahr von 2008 jedoch 56,3%.

### **Berufliche Tätigkeit und/oder sozioökonomische Bedingungen der Opfer**

Von den Fällen, in denen die berufliche Tätigkeit oder der sozioökonomische Hintergrund der Opfer festgestellt werden konnte – dies traf bei 291 Opfern oder 54,4% der Fälle zu – bestätigte sich, dass die ländliche Bevölkerung am meisten von aussergerichtlichen Hinrichtungen betroffen ist. An erster Stelle stehen denn auch Bauern (165 Opfer, 56,7% der Fälle); gefolgt von Landarbeitern (18 Opfer, 6,2%), Gemeinde- oder soziale Führungsleuten (17 Opfer, 5,8%), ArbeiterInnen (12 Opfer, 4,1%), Händlern (11 Opfer, 3,8%), Indigenen (10 Opfer, 3,4%) und StudentInnen (6 Opfer, 2,1%). Allgemein kann festgestellt werden, dass insbesondere Personen von aussergerichtlicher Hinrichtung betroffen sind, welche soziale Führungsrollen inne haben oder sonst zu den ärmsten und marginalisiertesten Bevölkerungsgruppen gehören.

Die neuen, im ersten Halbjahr von 2008 registrierten Fälle zeigen im Vergleich zu 2007 folgende Tendenzen: 1. Zunahme der aussergerichtlichen Hinrichtungen gegen soziale und kommunale Führungspersonen mit einer Zunahme von 3,8% auf 14% der Fälle; 2. Zunahme der indigenen Opfer von 3,0% auf 5,3%; 3. Auftauchen von sozial ausgeschlossenen Opfern, die im Jahr 2007 nicht vorkamen, so Sexarbeiterinnen (3,5%), geistig Behinderte (1,8%) und Randständige (5,3%). Dies scheint eine Tendenz aufzuzeigen, einerseits in Richtung eines sehr politischen Profils der Opfer (Führungsleute), andererseits mit hohen Opferzahlen bei sozial Randständigen oder von der Gesellschaft ausgeschlossenen Personen.

## **2. Chronologie: 16. – 31. Oktober 2008**

### **16. Oktober 2008**

Die staatliche Erdölfördergesellschaft ECOPETROL kündigt an, dass sie in das Agrotreibstoffgeschäft einsteigen und im Departement Meta eine Anlage zur Produktion von 330'000 Litern Ethanol pro Tag auf der Basis von Zuckerrohr bauen wird. Dazu sollen in den nächsten zwei Jahren 140 Mio. US\$ investiert werden und 11'000 Hektar Land für die Zuckerrohrproduktion zur Verfügung gestellt werden. Damit erhöht sich der Druck auf das Land zur Produktion von Agrotreibstoffen und es zeichnen sich neue Konflikte über die Nutzung des Landes ab.

[http://www.portafolio.com.co/negocios/empresas/2008-10-15/ARTICULO-WEB-NOTA\\_INTERIOR\\_PORTA-4604124.html](http://www.portafolio.com.co/negocios/empresas/2008-10-15/ARTICULO-WEB-NOTA_INTERIOR_PORTA-4604124.html)

Paramilitärische Gruppen mit der Bezeichnung *Autodefensas Gaitanistas de Colombia* führen in verschiedenen Regionen des Landes Aktionen durch. In Urabá rufen sie einen bewaffneten Streik aus und erreichen praktisch die Lahmlegung der wirtschaftlichen Aktivitäten in Necocli, Chigorodó, Carepa und Turbo. 90% der für den Export produzierenden Bananenplantagen und der öffentliche Transport kommen zum Erliegen. Die Bezeichnung „Gaitanistas“ (A.d.Ü. in Anspielung an Jorge Eliecer Gaitán, dem

1948 ermordeten liberalen Politiker) scheint deshalb gewählt zu sein, um diesen paramilitärischen Gruppen einen „politischen“ Status zu geben.

[http://www.eltiempo.com/colombia/antioquia/2008-10-16/paralizados-principales-cascos-urbanos-del-uraba-por-amenazas-de-supuestos-paras-emergentes\\_4604354-1](http://www.eltiempo.com/colombia/antioquia/2008-10-16/paralizados-principales-cascos-urbanos-del-uraba-por-amenazas-de-supuestos-paras-emergentes_4604354-1)

### **17. Oktober 2008**

Die Angestellten der Nationalen Verwaltung (Registradura Nacional) treten in den Streik und verlangen die Überprüfung ihrer Löhne. Die Angestellten sind der Meinung, dass ihre Löhne 42% unter jenen der übrigen öffentlichen Angestellten liegen. Sie fordern eine Lohnangleichung, welche 29 Mrd. Pesos kosten würde und die Aufnahme von 3'600 Angestellten in die Berufslaufbahn als öffentliche Verwaltungsbeamte. Bereits seit fünf Jahren erheben die Angestellten erfolglos diese Forderung. Dem Streik schlossen sich die Angestellten der Zoll- und Steuerbehörden (DIAN) an, da auch ihre Löhne nicht wie versprochen angepasst wurden. Schliesslich schlossen sich auch die Angestellten der Notariatsaufsicht dem Streik an, da sie über keine Arbeitsinstrumente verfügen und weil sie weniger Lohn erhalten als die übrigen Angestellten in diesem Bereich. Der Minister für sozialen Schutz, Diego Palacio Betancur, bekräftigte, die Streiks hätten politische und keine arbeitsrechtlichen Ziele. Er klagte die Einheitsgewerkschaft CUT an, eine Strategie zur Destabilisierung der Regierung zu betreiben.

<http://www.semana.com/noticias-problemas-sociales/colombia-paro/116680.aspx>

### **18. Oktober 2008**

Präsident Alvaro Uribe beschuldigt in einer öffentlichen Rede im Ort Quetame eine deutsche Menschenrechtsverteidigerin und zwei französische Staatsbürger, welche des Landes verwiesen wurden, in Kolumbien die Gewalt gefördert zu haben: „Diese Ausländer müssten im Gefängnis sein. Wir hätten sie nicht ausweisen und deportieren sollen. Wir hätten sie anklagen und ins Gefängnis werfen sollen, da sie die Gewalt gefördert haben. Sie sind hier (in Kolumbien) Gewaltprediger und im Ausland verdrehen sie die Wahrheit.“ Die deutsche Menschenrechtsaktivistin Christine Friederike Müller, Sozialforscherin und Journalistin, kam nach Kolumbien um Dokumentationen zu erstellen und eine Weiterbildung in Bezug auf die sozioökonomische Situation und die Menschenrechte zu absolvieren. Sie wurde festgenommen, als sie den Streik der Zuckerrohrarbeiter begleitete und am 2. Oktober des Landes verwiesen. Über 65 Institutionen und über 200 Personen unterzeichneten eine internationale Protestnote, in der sie ihre Besorgnis aufgrund der Ausweisung formulierten. Am 6. Oktober wurden die Organisationen mit dem Tode bedroht, welche das *Europäische Netz der Solidarität und Geschwisterlichkeit mit Kolumbien* bilden. Sie wurden durch ein e-mail der paramilitärischen Gruppe *Aguilas Negras Bloque Disidente AUC* bedroht. In dem Drohschreiben heisst es: „Entweder ihr schweigt oder wir bringen euch zum Schweigen.“ Am 13. Oktober wurden Damien Fellous, der eine Dokumentation über die Zuckerrohrarbeiter machte, und zwei weitere französische Staatsbürger, die ihn begleiteten, verhaftet. Die beiden Begleiter wurden willkürlich am 14. Oktober des Landes verwiesen und deportiert. Auch der Fotograf der italienischen Wochenzeitschrift Carta, Massimo Boldrini, wurde feindselig behandelt und von der Polizei mehrmals willkürlich festgenommen. Er wurde an seiner journalistischen Arbeit der Dokumentation des Arbeitskonfliktes der Zuckerrohrarbeiter gehindert. Die fehlenden politischen Freiheiten, die fehlende Versammlungs-, Meinungs- und Informationsfreiheit, welche die Regierung unter Präsident Uribe durchsetzt, hat die Verfolgung von BeobachterInnen, JournalistInnen, KooperantInnen und SolidaritätsaktivistInnen verschärft, welche mit ihrer Arbeit oder Präsenz die Opfer begleiten, Aufgaben zum Schutz der Menschenrechte, Begleitung und humanitäre Aktionen in verschiedenen Regionen des Landes ausüben.

[http://www.redcolombia.org/index.php?option=com\\_content&task=view&id=362&Itemid=34](http://www.redcolombia.org/index.php?option=com_content&task=view&id=362&Itemid=34)

In einem seiner gewohnten Gemeinschaftsräte sagt Präsident Uribe, dass von den 115 Mio. Hektaren Land Kolumbiens, 30,7 Mio. in Gemeinschaftsbesitz der Indigenen sei. „Sie besitzen 27% des Vaterlandes“, meinte Uribe. Damit gab er zu verstehen, dass die Indigenen nicht nur Grossgrundbesitzer seien, sondern auch keinerlei Grund für ihre Protestmärsche hätten. Zudem führten sie diese durch, weil sie von der FARC infiltriert wären.

<http://elespectador.com/noticias/nacional/articulo84868-indigenas-anuncian-marcharan-lunes-cauca-hasta-cali>

Die Regierung lässt über den Minister für sozialen Schutz, Diego Palacio, verlauten, dass sie zwei Kongressabgeordnete anklagen werde, da sie die Märsche der Indigenen und den Streik der Zuckerrohrarbeiter unterstützten. Der Minister meinte, er hätte „Beweise für die vermeintliche Unterstützung von mehreren Streiks durch die Kongressabgeordneten“. Weiter meinte Palacio, Senator Alexander López (Alternativer Demokratischer Pol PDA) und Senatorin Piedad Córdoba (Liberale Partei) stünden hinter



den beiden Protestbewegungen. Damit wurde die Kriminalisierung der Protestmärsche der Indigenen und des Streiks der Zuckerrohrarbeiter auf die Spitze getrieben, verbot die Regierung doch so den protestierenden Kreisen sich selbst mit den politischen Vertretern zu treffen. Gleichzeitig versuchte die Regierung damit, die legale Pflicht der Kongressabgeordneten, sich für die Interessen der von ihnen vertretenen sozialen Kreise einzusetzen, zu kriminalisieren.

<http://www.elpais.com.co/paisonline/notas/Octubre182008/congden.html>

### **21. Oktober 2008**

Gegen 20'000 Indigene beginnen einen Marsch vom Reservat La Maria in der Gemeinde Piendamó im Dep. Cauca nach Cali, der rund 120 km entfernten Hauptstadt des Dep. Valle del Cauca. Sie tragen ihre traditionellen Kleider, Holzstäbe und ihre traditionellen Musikinstrumente. Einige tragen Särge aus Karton mit sich, als Symbol für die 24 im Dep. Cauca ermordeten indigenen Führungsleute. Der Angriff der Mobilen Antidemonstrationseinheit der Polizei ESMAD mit Schusswaffen bei der Gemeinde Villarica forderte den Tod von zwei Indigenen (Jesús Antonio Nene und Elver Brito). Die Indigenen stoppten daraufhin in Solidarität mit den ermordeten Manifestanten vorübergehend den Marsch.

<http://www.jornada.unam.mx/2008/10/22/index.php?section=mundo&article=036n1mun>

Zwei Mitglieder der Technischen Einheit zur Unterstützung von Senator Alexander López und drei Führungsleute der Gewerkschaft der Zuckerrohrarbeiter werden von der Staatsanwaltschaft wegen ihrer Beratung der Streikenden der Zucker- und Ethanolindustrie verhaftet. In einer offensichtlichen Kriminalisierung des Streikrechtes und in einer offenen Verfolgung des sozialen Protestes, veröffentlicht die Regierung in den Medien ein Video, indem ein Treffen von Senator Alexander López mit den streikenden Zuckerrohrarbeitern als ein verdächtiger Akt angeklagt wird, welcher genauer untersucht werden müsse. Das Video wurde geheim gefilmt und vom Geheimdienst DAS den Medien übermittelt. Obwohl die Regierung sich damit brüstet, dass das neue Streikrecht die Hindernisse aus dem Weg räumen werde, welche viele Länder den bilateralen Freihandelsverträgen entgegen setzten, ist es eine Tatsache, dass bei diesen ersten Möglichkeiten, bei denen das neue Gesetz zum Einsatz kam, die Streiks genau wie früher verfolgt und kriminalisiert wurden. Bei einem Treffen mit dem Generalstaatsanwalt sagten Führungsleute des Alternativen Demokratischen Pol PDA: „Es ist schmerzlich zu sehen, dass die Armen und die Arbeitenden zu verteidigen in Kolumbien praktisch zu einem Delikt wird.“

[http://www.canalcaracol.com/nota\\_interna.aspx?hid\\_id=47902](http://www.canalcaracol.com/nota_interna.aspx?hid_id=47902)

Bei den Ermittlungen wegen der Plünderung von rund 500 Mrd. Pesos bei der Pensionskasse für die öffentlichen Angestellten CAJANAL durch die Gebrüder Armando und Omar Cabrera Polanco kam zum Vorschein, dass der Senatspräsident Hernán Andrade (Konservative Partei), einen Kredit von 250 Mio. Pesos von den beiden Brüdern erhalten hat, die als Köpfe hinter dem Betrug vermutet werden. Andrade und andere Politiker des Dep. Huila scheinen Gelder aus dem Betrug erhalten zu haben.

[http://www.eltiempo.com/colombia/politica/2008-10-21/cerebros-del-robo-a-cajanal-habrian-prestado-dinero-a-varios-politicos-del-huila\\_4614006-1](http://www.eltiempo.com/colombia/politica/2008-10-21/cerebros-del-robo-a-cajanal-habrian-prestado-dinero-a-varios-politicos-del-huila_4614006-1)

### **23. Oktober 2008**

Die Direktorin Maria del Pilar Hurtado des Geheimdienstes DAS, welcher direkt dem Präsidenten unterstellt ist, sah sich gezwungen, von ihrem Amt zurück zu treten, nachdem bekannt geworden war, dass sie eine Weisung an alle regionalen DAS-Direktoren erlassen hatte, worin sie zur Ausspionierung des PDA Vertreters Gustavo Petro und weiterer Führungsleute des Alternativen Demokratischen Pol PDA wie auch zur Bespitzelung des kommenden Kongresses des PDA im Januar 2009 aufgefordert hatte. Senator Petro machte bekannt, dass Präsident Uribe selber angeordnet hatte, ihn zu bespitzeln und ein geheimes Memorandum verfasst habe, worin er darum ersuche, „die Kontakte von Personen im Auge zu behalten, welche als Zeugen gegen die Regierung auftreten könnten“.

<http://www.elsespectador.com/noticias/politica/articulo85597-uribe-acepta-renuncia-de-directora-del-das>

### **24. Oktober 2008**

Drei Oberste der Armee werden ihres Amtes enthoben, da sie vermutlich in das Verschwindenlassen und die Ermordung von elf Jugendlichen aus Soacha involviert sind. General Mario Montoya, Kommandant der Armee, meinte, die drei Obersten seien in Akte involviert, welche „gegen die militärische Ehre“ verstossen würden. Die Betroffenen sind Oberst Santiago Herrera, Chef des Generalstabs der 5. Division der Armee (insgesamt gibt es sieben Divisionen), Oberst Rubén Castro, Kommandant der 15. Mobilen Brigade (gegen diese wurde die höchste Zahl an Anklagen wegen Fällen von aussergerichtli-

chen Hinrichtungen erhoben) und Oberstleutnant Gabriel Rincón, Operationschef der 15. Mobilen Brigade. Bis vor sechs Monaten war Oberst Santiago Herrera noch Generalstabschef der 15. Mobilen Brigade, welche in der Region von Ocaña operiert, wo die Jugendlichen aus Soacha in Massengräbern gefunden worden sind.

[http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/serios-indicios-de-que-3-coroneles-participaron-en-las-desapariciones-de-11-jovenes-en-soacha\\_4623251-1](http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/serios-indicios-de-que-3-coroneles-participaron-en-las-desapariciones-de-11-jovenes-en-soacha_4623251-1)

### **26. Oktober 2008**

Der Kongressabgeordnete Oscar Tulio Lizcano, welcher im Jahr 2000 von der FARC entführt worden war, kann mit Hilfe eines Guerillaführers fliehen. Der Guerillero brachte Tulio Lizcano in einem 3-tägigen Marsch durch den Urwald zu einem Militärposten im Dep. Chocó. 28 Personen, darunter zwei Zivilisten (der ehemalige Gouverneur des Dep. Meta, Alan Jara, und der ehemalige Abgeordnete Sigifredo López) und 26 Militärs befinden sich nach wie vor in der Gewalt der FARC. Sie sind auf der Liste der „Austauschbaren“ der FARC und warten auf ein humanitäres Abkommen zwischen der FARC und der Regierung über den Austausch von Entführten gegen gefangene Guerilleros.

<http://www.elespectador.com/noticias/judicial/articulo86329-lista-de-canjeables-segun-farc-tras-fuga-de-lizcano>

Über 20'000 Indigene, welche vom Dep. Cauca nach Cali marschierten, warten erfolglos auf dem Gelände der Universität Valle del Cauca auf Präsident Uribe. Dieser zitiert einige indigene Führungsleute in ein Studio eines lokalen TV-Senders, doch die Indigenen hatten ein Treffen an einem Ort gefordert, an dem alle Manifestierenden dem Treffen folgen konnten. Die Indigenen werden darauf zum Städtischen Administrationszentrum beordert. Doch Präsident Uribe trifft dort drei Stunden nach der vereinbarten Zeit ein, als die Indigenen bereits den Ort verlassen. Erneut wird das Treffen verschoben und Uribe kündigt an, er werde sich in einer Woche in der Stadt Popayán mit ihnen treffen. Die Indigenen meinen darauf, sie würden Präsident Uribe in La Maria in der Gemeinde Piendamó zu einem Treffen erwarten.

<http://www.semana.com/noticias-problemas-sociales/indigenas-uribe-encuentro-fallido/117111.aspx>

### **29. Oktober 2008**

Die Koordination Kolumbien-Europa-USA stellt öffentlich ihren Bericht über die aussergerichtlichen Hinrichtungen in Kolumbien vor. Darin wird über direkt von der Armee verübte aussergerichtliche Hinrichtungen an 535 Personen im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2007 und dem 30. Juni 2008 informiert. Von den Opfern sind 58,1% Personen unter 30 Jahren, viele davon Jugendliche aus marginalisierten Vierteln verschiedener Städte. Diese Jugendlichen wurden zum Verschwinden gebracht, in weit entlegenen Gebieten umgebracht und in Massengräbern bestattet. Die Anklage, dass hinter diesen aussergerichtlichen Hinrichtungen eine Politik der Belohnung für im Kampf gefallene Delinquenten steht, welche Einheiten wirtschaftliche Belohnung, militärischer Aufstieg oder andere Begünstigungen für gefallene Kämpfer zusichern, löst national und international grosse Bestürzung aus. Eine von der Regierung angeordnete Säuberung der Armee führt zur Amtsenthebung von 27 Armeeeoffizieren, darunter drei Generälen, aufgrund ihrer vermuteten Verantwortung für diese Verbrechen.

<http://ipsnoticias.net/nota.asp?idnews=90286>

### **31. Oktober 2008**

Jairo Luis Alvarez, Menschenrechtsombudsmann von Segovia im Dep. Antioquia, wird beim Verlassen seiner Wohnung erschossen. Jairo Alvarez war engagierter Menschenrechtsverteidiger im Nordosten des Dep. Antioquia. Er unterstützte mutig die Bauernorganisationen der Region und auch die Anwaltsvereinigung Yira Castro bei ihren Anklagen gegen willkürliche Verhaftungen, gewaltsame Vertreibung und wegen zahlreichen Fällen aussergerichtlicher Hinrichtungen durch Einheiten der Armee.

[http://civiracastro.org.co/index.php?option=com\\_content&task=view&id=49&Itemid=54](http://civiracastro.org.co/index.php?option=com_content&task=view&id=49&Itemid=54)